

Vortrag an den Ministerrat

Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen; 13. Treffen der Vertragsstaaten, 30. November bis 3. Dezember 2020, österreichische Delegation

Voraussichtlich von 30. November bis 3. Dezember 2020 findet am Amtssitz der Vereinten Nationen in New York das 13. Treffen der Vertragsstaaten des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (CRPD) statt. Art. 40 des Übereinkommens sieht regelmäßige Vertragsstaatentreffen zur Überprüfung des Übereinkommens vor.

Österreich hat das Übereinkommen 2008 ratifiziert (BGBl. III Nr. 155/2008).

Das diesjährige Treffen der Vertragsstaaten widmet sich dem Thema „A decade of action and delivery for inclusive sustainable development: implementing the CRPD and the 2030 Agenda for all persons with disabilities“, wobei insbesondere auch Aspekte der Wirtschaft und des Rechts auf Arbeit von Menschen mit Behinderungen, Rechte und Bedürfnisse von älteren Menschen mit Behinderungen und Fortschritte bei der Umsetzung des Übereinkommens behandelt werden sollen. Aufgrund der aktuellen Situation werden Teile der Sitzung virtuell abgehalten.

Für die österreichische Delegation wird folgende Zusammensetzung in Aussicht genommen:

Botschafter Dr. Alexander Marschik Delegationsleiter	Ständiger Vertreter Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York
Ministerialrat Mag. Andreas Reinalter Stv. Delegationsleiter	Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
Gesandter Mag. Hans-Joachim Almoslechner	Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York
Erste Botschaftssekretärin Julia Eberl, Bakk. MA	Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York
Erster Botschaftssekretär Anton Wislocki, MA, MA	Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York
Erster Botschaftssekretär Mag. Daniel Röthlin, M.A.I.S.	Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York
Jasmin Wanner, B.A.	Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York

Der Delegation werden, wenn nötig, weitere erforderliche Beraterinnen und Berater aus den zuständigen Fachressorts beigezogen.

Es fallen keine Dienstreisekosten an. Es werden keine Beschlüsse mit unmittelbaren finanziellen Auswirkungen gefasst.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz stelle ich daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, die Mitglieder der österreichischen Delegation in der oben angeführten Zusammensetzung zur Teilnahme an den Beratungen und Beschlussfassungen des 13. Treffens der Vertragsstaaten des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu bevollmächtigen.

12. November 2020

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister